

Werner Bätzing

Der ländliche Raum – erneut benachteiligt für alle Zeiten?*

mit 6 Abbildungen und 5 Tabellen

Einleitung

Im Wintersemester 2000/01 veranstalteten *Philipp Hümmer* und *Werner Bätzing* am Institut für Geographie eine öffentliche Ringvorlesung zum ländlichen Raum in Franken. In Abgrenzung zum viel zitierten Aufsatz von Hans-Peter GATZWEILER (1979) „Der ländliche Raum – benachteiligt für alle Zeiten?“, der die Sicht der 1970er Jahre repräsentierte, wählten wir für unsere Ringvorlesung den Titel „Der ländliche Raum in Franken – benachteiligt für alle Zeiten oder Aufbruch in eine neue Zukunft?“ Damit wollten wir deutlich machen, dass die Situation des ländlichen Raumes im Jahr 2000 anders – und eventuell positiver – gesehen werden konnte als in den 1970er Jahren. Obwohl diese Ringvorlesung heute erst sechs Jahre zurück liegt, haben sich in dieser Zeit erneut zentrale Rahmenbedingungen für den ländlichen Raum so stark geändert, dass eine neue Situation eingetreten ist, die sich im Titel dieses Vortrags niederschlägt: „Der ländliche Raum – erneut benachteiligt für alle Zeiten?“

Ich möchte diesen Festvortrag dazu nutzen, um über diese Veränderungen und Zäsuren zu reflektieren: Wie wird der ländliche Raum in den 1960-1970er Jahren, in den 1980-1990er Jahren und wie wird er heute wahrgenommen? Und welche politischen Zielsetzungen und Maßnahmen erwachsen jeweils aus diesen drei unterschiedlichen Bildern? Im zweiten Teil werden diese drei Bilder mit der Realität des ländlichen Raumes und seinen Veränderungen an Hand des Indikators „Bevölkerungsentwicklung“ auf der Maßstabsebene der kreisfreien Städte und der Landkreise verglichen, wobei dies am Beispiel des Bundeslandes Bayern durchgeführt wird. Und zum Schluss wird die Frage gestellt, wie die Ergebnisse dieses Vergleichs bewertet werden können und ob der ländliche Raum heute erneut grundsätzlich (sprich „für alle Zeiten“) benachteiligt ist oder nicht.¹

*) Bei diesem Text handelt es sich um die schriftliche Ausarbeitung des Festvortrags anlässlich des Gedächtniskolloquiums zu Ehren von Professor Dr. Philipp Hümmer am 19. Januar 2007 am Institut für Geographie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

1 Drei unterschiedliche Bilder des ländlichen Raums

1.1 Die Entwertung des ländlichen Raumes in der Industriegesellschaft

In der Phase der Industriegesellschaft verzeichneten alle Industriestaaten ein extrem starkes, explosionsförmiges Städtewachstum bei gleichzeitiger Entwertung der ländlichen Räume als Wirtschafts- und Wohnstandorte, wobei sich in den zentralistisch geprägten Staaten Europas die ländlichen Räume oft entleerten, während sie in den föderalistischen Staaten – so auch in Deutschland – ein schwaches Wachstum, also eine relative Entwertung, zeigten.

Seit der industriellen Revolution konzentrierte sich aller Fortschritt in der Stadt, und das Land wurde zum „Hinterland“, zur „dumpfen Provinz“ abgewertet, was es in der vorindustriellen Zeit keineswegs war (BÄTZING 2005: 53ff.). Die sich daraus entwickelnden heftigen räumlichen Disparitäten zwischen Stadt und Land führten aber hundert Jahre lang kaum zu politischen Gegenmaßnahmen.

Dies änderte sich erst in der allerletzten Phase der Industriegesellschaft, als nach dem Zweiten Weltkrieg im Kontext des ideologischen Wettkampfs zwischen „Kapitalismus“ und „Kommunismus“ die soziale Marktwirtschaft entstand. Und der neue Sozialstaat sollte im Rahmen der Marktwirtschaft nicht nur persönliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit, sondern ebenfalls „gleichwertige Lebensbedingungen“ auf dem ganzen Gebiet der Bundesrepublik Deutschland garantieren (also keine Benachteiligung bestimmter Regionen) – die räumliche Dimension bildete einen festen Bestandteil des Sozialstaates.

Dieses Ziel kollidierte jedoch mit den inzwischen ausgeprägten Stadt-Land-Disparitäten, was bedeutete, dass das Land in irgendeiner Form aufgewertet werden musste, um „gleichwertige Lebensbedingungen“ zu realisieren. Die Lösung, die damals – also in den 1960er Jahren – entwickelt wurde, prägt unsere Realität bis heute sehr stark; deshalb ist es sinnvoll, sie hier kurz zu skizzieren.

Zentraler Maßstab für die damalige Bewertung von Lebensqualität/-bedingungen war die Großstadt, genauer ein funktionierendes Oberzentrum mit mehr als 100.000 Einwohnern (GATZWEILER 1979), in dem alle *Ruppert*'schen Grunddaseinsfunktionen monofunktional ausdifferenziert und hochspezialisiert zur Verfügung stehen, was ihre hohe Qualität – im Geist der „Charta von Athen“ – garantiert (LE CORBUSIER 1962). Der ländliche Raum dagegen wurde so wahrgenommen, dass er im Vergleich mit *dieser* Lebensqualität auf Grund seiner geringen Bevölkerungsdichte, seiner geringen funktionalen Ausdifferenzierung und seiner schlechten Erreichbarkeit ausschließlich strukturelle Mängel aufwies (GATZWEILER 1979): Moderne Lebensbedingungen wie ein Krankenhaus mit allen Fachabteilungen, eine qualifizierte Ausbildung in Form einer Fachhochschule, hochwertige Arbeitsplätze oder ein anspruchsvolles Kino- oder Theaterprogramm waren jedoch auf dem Land prinzipiell nicht möglich, da diese

spezialisierten Infrastruktureinrichtungen jeweils eine große Zahl von Nachfragern konzentriert an *einem* Ort erforderten, damit sie sinnvoll und ökonomisch betrieben werden konnten.

Die Lösung, die damals gefunden wurde, ist bis heute sehr bekannt: Die Politik der Zentralen Orte im Kontext kleinräumiger Funktionsteilungen.

Leitidee der Zentralen-Orte-Politik ist es, die Stadt in der Funktion eines Zentralen Ortes möglichst dicht an das Land heranzurücken: Wenn Einrichtungen wie Krankenhäuser, Fachhochschulen, Universitäten, Bibliotheken, Theater, Museen und Arbeitsplätze so im Raum verteilt werden, dass sie auch vom letzten Dorf aus in nützlicher Frist erreicht werden können, dann kann das Land an den Segnungen des industriellen Fortschritts (Ausdifferenzierung und Spezialisierung aller menschlichen Bedürfnisse) im vollen Umfang teilhaben.

Dazu muss man lediglich politisch definieren, wie lange die Fahrtzeit ins nächste Oberzentrum im maximalen Fall dauern darf (60 Minuten), man muss überall dort im ländlichen Raum, wo es „Löcher“ gibt, mittelgroße Städte zu Oberzentren ausbauen (in Bayern: Bamberg, Bayreuth, Passau u.ä.), und man muss die Erreichbarkeit der Oberzentren untereinander mittels des Ausbaus von „Entwicklungachsen“ verbessern. Und weil dieses Netz von damals 58, heute gut 100 Oberzentren relativ engmaschig ist, spricht man von einer „kleinräumigen Funktionsteilung“: Innerhalb einer Planungsregion, die als Einzugsgebiet eines Oberzentrums definiert ist, können *alle* Grunddaseinsfunktionen auf moderne Weise befriedigt werden, und zwar jeweils auf monofunktional spezialisierten Teilflächen, die unterschiedlich im Raum dieser Region verteilt sind (Arbeitsplätze im Zentrum, Freizeit und Erholung eher in der Peripherie).

Eine *großräumige* Funktionsteilung in Deutschland – große Teile des ländlichen Raumes als Naturschutz- und Erholungsflächen – wurde zwar diskutiert, aber dann politisch abgelehnt (GATZWEILER 1979), weil dies der Idee der gleichwertigen Lebensbedingungen widersprochen hätte. Die Umsetzung begann 1965 mit dem ersten Raumordnungsgesetz des Bundes, auf das ab 1970 die Raumordnungen der Länder mit der Ausweisung der Zentralen Orte und der Konstitution der Planungsregionen folgte.

Bewertet man diese Entwicklung, so kann man feststellen, dass der ländliche Raum nach dem Vorbild der industriell-städtischen Entwicklung aufgewertet wurde, indem nämlich nicht das Land selbst dezentral-flächenhaft aufgewertet wurde (keine systematische Aufwertung der hier vorhandenen Ressourcen und Potenziale), sondern indem es lediglich nahe an die Industriestadt herangerückt wurde, so dass es letztlich verstädtert. Deutlichster Ausdruck dessen sind Agrarpolitik und Flurbereinigung, die in dieser Zeit die Technisierung und Spezialisierung einer monofunktionalen Landwirtschaft fördern (Aussiedlung der Bauernhöfe aus den Dörfern, Homogenisierung der Flur mit Sprengung von „Felsknöcken“ auf der Fränkischen Alb), und die „Dorfverschönerung“ nach dem Vorbild der Stadt, deren Ziel das „autogerechte Dorf“ ist.

1.2 Aufwertung der ländlichen Räume ab den 1980er Jahren?

Nach den 1970er Jahren gibt es auf einmal eine deutliche und tiefgreifende Zäsur, die mir sehr konkret an zahlreichen Beispielen im Alpenraum aufgefallen ist, die *Philipp Hümmer* genauso in Franken wahrgenommen hat und die auf den Zeitraum 1980-1985 zu datieren ist.

Die Jahre 1975-1980 bildeten offenbar den Tiefpunkt der Entwicklung im ländlichen Raum, er schien damals gegenüber der Stadt absolut keine Zukunft mehr zu haben, und es dominierte ein negatives (Selbst-) Bild des Landes. Dann jedoch fingen auf einmal junge Menschen an, nach der Schule das Dorf nicht mehr zu verlassen, sondern weite Pendelwege zum Ausbildungs- oder Arbeitsort in Kauf zu nehmen. Erstmals kehrten ehemalige Dorfbewohner aus der Stadt aufs Land zurück, um sich hier auf innovative Weise selbst einen Arbeitsplatz aufzubauen. Erstmals wurden Traditionen, die in den 1960er und 1970er Jahren abgebrochen waren, wieder aufgegriffen und erneut organisiert, aber es wurden sogar Traditionen neu erfunden (Backofenfest, Ortsfest u.ä.) und mit Begeisterung durchgeführt. Dahinter stand ein neues Lebensgefühl, dass nämlich nicht mehr die Stadt den einzigen Maßstab für Lebensqualität darstelle, sondern dass auch das Land seine eigenen spezifischen Qualitäten besitze, die anders, aber gleichwertig zu denen der Stadt seien.

Bei dieser Zäsur spielten viele gesellschaftliche Veränderungen eine Rolle, wie die Umweltbewegung, die 1968er Bewegung (die in einer späteren Phase auch das Land entdeckte), die Veränderung der Lebensstile, der Erreichbarkeit usw., aber ich möchte diese Zäsur sehr direkt mit dem tiefgreifenden Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft in Verbindung bringen (BÄTZING 2005), der in dieser Zeit erstmals im ländlichen Raum deutlich sichtbar wurde.

Am frühesten reagierten Flurbereinigung und Dorferneuerung, die mit neuen gesetzlichen Grundlagen 1975 bzw. 1976 eine fundamentale Abkehr von den Prinzipien der monofunktionalen Spezialisierung vollzogen und die ab jetzt die wechselseitige Integration von wirtschaftlichen, kulturellen und ökologischen Funktionen ins Zentrum stellten, wobei die Betroffenen aktiv einbezogen wurden. Allerdings setzte die Umsetzung dieser neuen Philosophie erst in der ersten Hälfte der 1980er Jahre im ländlichen Raum ein.

Aber erst ab 1994/1995 wurde diese neue Entwicklung und Bewertung des ländlichen Raumes theoretisch neu formuliert, und zwar in der Form der „nachhaltigen Regionalentwicklung“, die zahlreiche Inhalte der „eigenständigen“ oder „endogenen Regionalentwicklung“ der 1970er Jahre – damals der alternativen Gegenposition zur Zentralen-Orte-Politik – übernahm, ohne jedoch den „alternativen“ Charakter dieser Position beizubehalten (HERRENKNECHT & WOHLFAHRT 1997). Und ab Mitte der 1990er Jahre blühten dann zahlreiche neue Initiativen im ländlichen Raum auf, wie Regionalprodukte, Regionalinitiativen, regionale Wirtschaftskreisläufe, Lokale Agenda-21-Gruppen für Gemeinden und Landkreise, lernende Regionen, Regionalmanagement usw. (siehe HOCK 2005). Bei all diesen neuen Entwicklungen ging es darum, integrative Prozesse (Vernetzungen Wirtschaft-Gesellschaft-Umwelt) und

partizipative Prozesse (aktive Beteiligung der Betroffenen) zu fördern, also den ländlichen Raum in dezentral-flächenhaften Strukturen als Lebens- und Wirtschaftsraum aufzuwerten und ihn gerade nicht an städtischen Vorbildern auszurichten.

Dies war in doppelter Hinsicht neu: Die integrative Dimension stand gegen das frühere Prinzip der Funktionstrennungen (räumliche Monofunktionen und Spezialisierungen), und die partizipative Dimension gegen das Spezialisten- und Expertentum in ländlicher Entwicklung und Politik. Damit wurden zwei fundamentale Pfeiler der Zentralen-Orte-Politik in Frage gestellt, aber ohne dass dies grundsätzlich reflektiert oder diskutiert wurde – beide Sichtweisen und Politiken standen einfach unverbunden (beliebig) nebeneinander.

Damit können wir das Neue der Phase ab 1985 folgendermaßen zusammenfassen:

1. Der ländliche Raum wird auf eine neue Weise als eigenständiger und gleichwertiger Lebensraum neben der Stadt wahrgenommen. Dies betrifft die Wohnfunktion, zahlreiche dezentrale Wirtschaftsaktivitäten sowie die Freizeit und den Umweltschutz.
2. Aus der neuen Sichtweise erwachsen völlig neue Förderstrategien (integrative und partizipative Projekte zur Aufwertung des ländlichen Raums).
3. Die neuen Standortbedingungen der Wirtschaft im Kontext der Dienstleistungsgesellschaft („postfordistische Wirtschaft“) mit dem hohen Stellenwert von „weichen“ Standortfaktoren führen in ausgewählten Teilen des ländlichen Raumes in Verbindung mit Punkt eins und zwei zu neuen wirtschaftlichen Impulsen im ländlichen Raum.

In dieser Situation führten wir im Wintersemester 2000/01 unsere eingangs erwähnte Ringvorlesung zum ländlichen Raum in Franken durch. Unsere Leitfrage lautete: Setzen sich die neuen Entwicklungen wirklich im ländlichen Raum durch, oder bleiben sie nur schwache und marginale Ansätze?

Unsere damalige Antwort am Ende der Ringvorlesung lautete: Diese neuen Ansätze sind zwar sinnvoll, richtig und notwendig, aber sie sind derzeit noch viel zu schwach, um die Situation des ländlichen Raums gegenüber der Dominanz der Zentralen Orte, der wirtschaftlichen Bedeutung der großen Zentren und gegenüber einer Politik, die nach wie vor sektoral und monofunktional denkt und handelt, zu verbessern. Damit der ländliche Raum wirklich in der Realität dezentral-flächenhaft aufgewertet werden kann, bräuchte es erhebliche Änderungen bei den wirtschaftlichen, politischen und raumordnerischen Rahmenbedingungen.

1.3 Neue Entwertung des ländlichen Raumes ab 2002?

Dann kam im Herbst 2002 plötzlich und unerwartet ein neuer und sehr markanter Bruch: Der Ausbruch der „Krise“ in Deutschland. Allerdings nicht in dem Sinne, dass sich im Jahr 2002 plötzlich die Realität kurzfristig geändert hätte, sondern die deutsche Realität wurde jetzt nur anders wahrgenommen und bewertet. Und dies hatte und hat weitreichende Konsequenzen für die Bewertung des ländlichen Raumes.

Die Krise des „Standortes Deutschland“ (als Wirtschaftsstandort) und die Krise des Sozialstaates gingen einher mit der erstmaligen öffentlichen Wahrnehmung der demographischen Überalterung Deutschlands als „Schreckensvision“ („Sterben die Deutschen aus?“) – obwohl die Geburtenrate in Deutschland bereits seit 1972 unter der Sterberate lag, und obwohl dieses Phänomen seit langem bekannt war, wurde es erst jetzt ein Thema der öffentlichen Diskussion.

In Verbindung mit dieser Krisen-Diskussion entwickelten sich auch im Bereich der Raumordnung neue Leitideen: Zum einen wurde herausgestellt, dass die größten städtischen Zentren im Zeitalter des globalen Wettbewerbs gezielt gefördert und aufgewertet werden müssten, damit sie ihre Position in Zukunft behaupten könnten (Metropolregionen). Dies war ein völlig neuer Gedanke, denn das „Oberzentrum“ alter Prägung war ja gerade dadurch charakterisiert gewesen, dass es aus sich heraus konkurrenzstark war (Grundlage: sein hoher Bedeutungsüberschuss über das Umland) und daher keiner Förderung bedurfte.

Zum anderen gerieten jetzt erstmals die dünn besiedelten ländlichen Räume als Problemregionen in den Blick, und man fragte sich, ob der Staat hier noch teure Infrastruktur für vergleichsweise wenige Menschen bezahlen könne oder solle, oder ob es nicht sinnvoller wäre, hier dem Naturschutz (in Form der „Wildnis“-Entwicklung) die Priorität einzuräumen. Plakative Aussagen wie „Entleerung zulassen“ oder „Schrumpfung positiv gestalten“ (KRÖNERT & MEDICUS & KLINGHOLZ 2006: 29) weisen in diese Richtung.

Derzeit ist diese raumordnerische Diskussion noch im Fluss, aber es sieht stark danach aus, als ob die Metropolregionen in absehbarer Zeit erstmalig Fördergelder erhalten könnten und als ob im dünn besiedelten ländlichen Raum eine so genannte „bedarfsgerechte Infrastruktur“ an Stelle der bisherigen Mindeststandards im Rahmen des Zentralen-Orte-Systems (siehe dazu *BBR* 2005: 214), also eine deutliche Reduzierung staatlicher Infrastruktur realisiert werden würde.

Förderung der Metropolen und Rückzug des Staates aus der Fläche bedeutet die Abkehr vom Prinzip der *kleinräumigen* Funktionsteilungen in der Raumordnung und die Hinwendung zum Prinzip der *großräumigen* Funktionsteilungen, das bereits in der Industriegesellschaft zwischen 1850 und 1950 die Raumstruktur in Deutschland geprägt hatte. Und leere öffentliche Kassen sowie eine stärkere Konzentration der Fördermittel auf Metropolregionen bedeuten letztlich das Ende der „nachhaltigen Regionalentwicklung“, noch bevor sie sich richtig durchgesetzt hat.

Damit würde der ländliche Raum als Lebens- und Wirtschaftsraum wieder spürbar entwertet werden (mit Ausnahme der zentrennahen ländlichen Räume, deren Aufwertung durch suburbane Entwicklungen jedoch zum Verlust ihrer „Ländlichkeit“ führt), und die Phase seiner möglichen Aufwertung (1985-2002) wäre definitiv wieder beendet.

Was bedeutet dies für das Verständnis der postmodernen Gesellschaft oder der Dienstleistungsgesellschaft? Im Gegensatz zur Moderne reflektiert die Postmoderne mit dem modischen Schlüsselbegriff „Nachhaltigkeit“ (verstanden als die systematischen Wechselwirkungen und Vernetzungen zwischen den Bereichen Wirtschaft,

Gesellschaft und Umwelt) auf ihre eigene Voraussetzungen und auf ihre überkomplexen Auswirkungen auf den Planeten Erde, aber nicht so, dass eine nachhaltige Entwicklung realiter umgesetzt würde (das würde das Ende des Primats der Wirtschaft über Gesellschaft und Umwelt bedeuten), sondern lediglich so, dass mit der Leitidee der „Nachhaltigkeit“ eine vernetzte Entwicklung und eine Verantwortung für die gesamte Erde lediglich fingiert oder vorgeblendet wird. Dies betrifft nicht nur zentrale Bereiche unserer heutigen postmodernen Gesellschaft wie Verhältnis Erste – Dritte Welt, Umweltschutz, Energiefrage, Demokratie (BÄTZING 2005), sondern zeigt sich auch im Bereich der Raumordnung sehr anschaulich.

2 Die Veränderung der ländlichen Räume in Bayern zwischen 1840 und 2004

2.1 Bevölkerungsentwicklung als Schlüsselindikator und Gliederung in vier Zeitabschnitte

In meinen empirischen Arbeiten im Alpenraum (BÄTZING 2003a) hatte es sich herausgestellt, dass „Bevölkerungsentwicklung“ ein aussagefähiger Indikator für die Bereiche der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Umweltveränderung darstellt und dass er besonders geeignet ist, um komplexe Raumentwicklungen auf eine einfache Weise darzustellen und aufzuarbeiten, sofern man eine Reihe von methodischen Grundsätzen beachtet (Darstellung der Methode in BÄTZING 2001: 183ff.).

Für Franken habe ich die Bevölkerungsentwicklung 1840-1999 auf der Ebene der kreisfreien Städte und der Landkreise (BÄTZING 2001) sowie auf der Ebene der Gemeinden (BÄTZING 2003) aufgearbeitet. Im Jahr 2006 habe ich dieses Vorgehen auf alle kreisfreien Städte und Landkreise Bayerns ausgeweitet, und diese Analyse wurde im „Historischen Lexikon Bayerns“ (Internet-Lexikon) der Bayerischen Staatsbibliothek in München veröffentlicht (BÄTZING 2006). Diese Ergebnisse bilden den Kern der folgenden Ausführungen.

Die Bevölkerungsentwicklung Bayerns zwischen 1840 und 2004 wurde dabei in vier Zeitabschnitte unterteilt, die sich jeweils an den bayerischen Volkszählungen und an relevanten Brüchen der Entwicklung orientieren. Diese Phasen sind:

1. Die Industriegesellschaft (1840-1939);
2. Die Kriegs- und Nachkriegszeit (1939-1961);
3. Der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft (1961-1987);
4. Das wiedervereinigte Deutschland im Kontext der Globalisierung (1987-2004).

2.2 Die Industriegesellschaft (1840-1939)

Im Kontext der Industrialisierung verzeichnen alle Industriestaaten (außer Frankreich) ein starkes Wachstum ihrer Bevölkerung, was auf das Auseinanderfallen von Geburten- und Sterberate (sogenannter „demographischer Übergang“) zurückgeht. Deutschland verdoppelt zwischen 1840 und 1939 seine Bevölkerung, was im internationalen Vergleich eine mittlere Wachstumsrate bedeutet und was auf eine eher spät einsetzende Industrialisierung (industrieller „take-off“ erst 1852, starke Wirtschaftsdynamik erst ab 1880; siehe BÄTZING 2005: 38ff.) zurückzuführen ist. Da der Schwerpunkt dieser Ausführungen auf der Gegenwart liegt, wird diese lange Phase nicht weiter untergliedert.

Bayern wächst in diesem Zeitraum weniger stark als das Deutsche Reich (186 % im Vergleich zu 211 %, siehe Tabelle 1), was mit der etwas schwächeren Industrialisierung in Bayern zusammenhängt. Allerdings holt Bayern in den 1920er und 1930er Jahren sehr stark auf, so dass die Differenz zum Deutschen Reich letztlich relativ klein wird.

Bei allen bayerischen statistischen Daten ist jedoch zu beachten, dass der bayerische Durchschnittswert bis heute überproportional stark vom Großraum München und seiner besonders dynamischen Entwicklung geprägt wird, was Tabelle 1 sehr deutlich macht.

Das starke Bevölkerungswachstum in der Phase der Industrialisierung ist jedoch fast ausschließlich ein Wachstum der (Industrie-) Städte, wie der Vergleich der „kreisfreien Städte“ (452 %) mit den „Landkreisen“ (141 %) zeigt. Das Land verliert in Bayern – im Gegensatz zu Frankreich, Großbritannien oder Italien – zwar keine Einwohner, aber sein Bevölkerungswachstum ist mit 141 % (bayerischer Durchschnitt 186 %) so schwach ausgeprägt, dass es deutlich abgewertet wird (relative, aber keine absolute Entwertung).

Betrachten wir jetzt zuerst die kreisfreien Städte (Abbildung 1), so stellt man fest, dass *alle* wachsen und keine einzige Einwohner verliert und dass die bekannten Industriestädte ein besonders starkes Bevölkerungswachstum verzeichnen. Eine Ausnahme hiervon bildet lediglich München, das als Nicht-Industriestadt auf Grund seiner Hauptstadtfunktion ebenfalls besonders stark wächst.

Bei den Landkreisen nimmt der Landkreis München mit 479 % mit großem Abstand den ersten Platz ein. Ein starkes Wachstum (Kategorie D in Abbildung 1) weisen Landkreise im Großraum München und in der Nähe von Fürth und Ulm auf, was auf frühe suburbane Impulse zurückgeht. Ein starkes Bevölkerungswachstum verzeichnen auch viele Alpenlandkreise, was mit der frühen touristischen Entwicklung der bayerischen Alpen in dezentralen Strukturen zusammenhängt; die bayerischen Alpengemeinden weisen im Alpenkontext sogar ein sehr stark überdurchschnittliches Wachstum auf (BÄTZING 2003a).

Auf der bayerischen Maßstabebene wird eine dritte Form der Aufwertung des ländlichen Raumes nicht angemessen sichtbar (sie war auf der fränkischer Ebene gut zu erkennen, siehe BÄTZING 2001, 2003), nämlich die dezentrale industrielle Entwick-

Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung Bayerns 1840-1939 (1840 = 100 %)

	A < 121 %	B 121-140 %	C 141-186 %	D 187-399 %	E > 399 %
Kreisfreie Städte	Deutsches Reich: 211 % (nicht gebietsstandsbereinigt: Weimarer Republik besitzt 13% weniger Fläche und ca. 10% weniger Einwohner als das Deutsche Reich in den Grenzen von 1914) Bayern: 186 % (Wachstum von 0,88% pro Jahr) Oberbayern: 281 % Mittelfranken: 212 % Schwaben: 168 % Oberfranken: 154 % Unterfranken: 152 % Oberpfalz: 151 % Niederbayern: 150 % Kreisfreie Städte: 452 % Landkreise: 141 % Schwellenwerte: 141: Durchschnitt Landkreise Bayern 186: Durchschnitt Bayern			PA: 199 AN: 205 SC: 207 MM: 216 BT: 243 ER: 253 SR: 286 CO: 288 BA: 289 AM: 296 KF: 298 LA: 304 R: 317 IN: 322 KE: 331 AB: 338 WÜ: 345	A: 429 FÜ: 441 HO: 482 RO: 552 SW: 635 M: 662 N: 699 WEN: 783
	Landkreise	NEA: 96 BT: 101 AN: 105 DON: 107 KT: 109 BA: 110 HAS: 110 DLG: 110 NES: 111 GZ: 114 WUG: 116 RH: 118 MSP: 118 NM: 119 CHA: 120 NEW: 120	ERH: 122 KG: 123 MIL: 124 SR: 124 FO: 125 KU: 127 EI: 128 PA: 128 HO: 132 TIR: 132 MN: 133 DGF: 135 AS: 136 R: 136 WÜ: 137 SAD: 138 ND: 138 AIC: 140	LIF: 141 FRG: 141 LA: 142 PAN: 142 OAL: 145 SW: 146 KEH: 150 MÜ: 152 KC: 155 OA: 158 DEG: 159 LL: 159 CO: 159 PAF: 159 A: 160 ED: 161 LAU: 167 LI: 171 TS: 172 EBE: 172 REG: 172 AB: 173 WUN: 179 AÖ: 181 FS: 181	TÖL: 192 FÜ: 193 NU: 196 RO: 196 DAH: 199 BGL: 220 WM: 223 MB: 256 FFB: 273 STA: 330 GAP: 338
Σ 96		0 + 16 = 16	0 + 18 = 18	0 + 25 = 25	17 + 11 = 28

lung im ländlichen Raum Nordostoberfrankens, bei der der Landkreis Wunsiedel die Spitzenposition mit 179 % einnimmt.

Die große Mehrzahl der Landkreise verzeichnet jedoch eine unterdurchschnittliche Bevölkerungsentwicklung. Ganz am Ende stehen die Landkreise Ansbach (105 %), Bayreuth (101 %) und Neustadt a. d. Aisch – Bad Windsheim (96 %), deren Bevölkerung mehr oder weniger stagniert. Damit gibt es in dieser Zeit in ganz Bayern keinen Landkreis mit einem etwas größeren Bevölkerungsrückgang.

Diese Aussage betrifft jedoch lediglich die Maßstabebene der Landkreise. Geht man auf die Maßstabebene der Gemeinden, dann zeigt sich im Raum West-

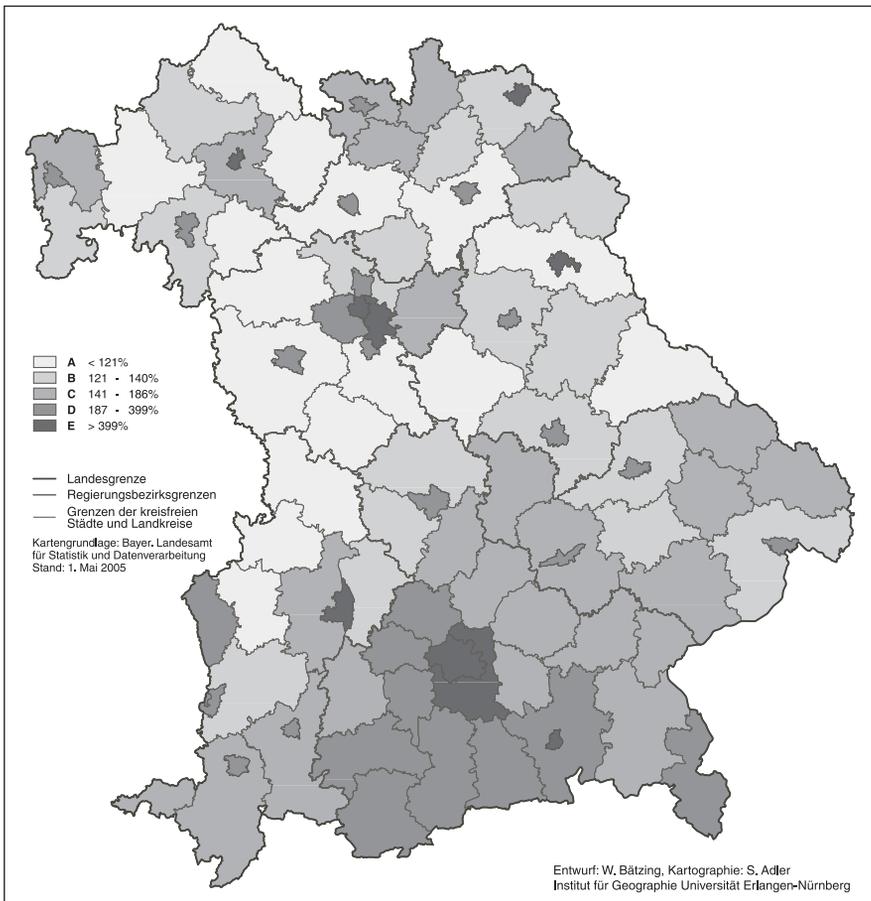


Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung Bayerns 1840-1939

mittelfranken der größte Problemraum Bayerns: 72 Gemeinden verlieren mehr als 10 % ihrer Einwohner und weitere 60 Gemeinden verzeichnen eine Stagnation (90-110 %) (BÄTZING 2003). Nach zeitgenössischen Analysen (zitiert in BÄTZING 2003) ist dies zugleich einer der größten Problemräume des gesamten Deutschen Reiches in den 1930er Jahren. Ursache dieser spezifischen Entwertung – noch im 18. Jahrhundert handelte es sich um ein wirtschaftlich blühendes Gebiet in zentraler Lage Süddeutschlands mit wichtigen Reichsstädten – waren territoriale Neugliederungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts, die dieses Gebiet zur abgelegenen Grenzregion machten (RUPPERT 1987: 223).

Auffällig jedoch ist, dass in Bayern Landkreise mit signifikanten Bevölkerungsrückgängen – wie sie für Frankreich, Italien, Spanien oder Großbritannien so typisch sind – völlig fehlen. Dies dürfte mit der deutschen Kleinstaaterei (Fehlen einer Primatstadt) und der dadurch mitgeprägten dezentralen Struktur der Industrie sowie der zentralen Lage Bayerns mitten in Europa zusammenhängen.

Als Ergebnis dieser Phase der Industriegesellschaft können wir festhalten, dass der ländliche Raum als Lebens- und Wirtschaftsraum spürbar abgewertet wird, jedoch nur in Form einer relativen Entwertung; und nur in Westmittelfranken gibt es Ansätze einer absoluten Entwertung. Die flächenhaft eher geringen Aufwertungen hängen in erster Linie mit einer großen räumlichen Nähe zu einer Stadt zusammen; in abgeschwächter Form spielten auch eine dezentrale, ländliche Industrialisierung sowie der Tourismus eine gewisse Rolle.

2.3 Die Kriegs- und Nachkriegszeit (1939-1961)

Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen führen zu völlig neuen Rahmenbedingungen für die Bevölkerungsentwicklung: Auf Grund der Kriegszerstörungen wachsen die Städte deutlich langsamer als die Landkreise (128 % zu 137 %) (siehe Tabelle 2), die fast überall ein besonders starkes Wachstum aufweisen, weil hier von den alliierten Militärbehörden zahlreiche Flüchtlinge untergebracht werden. Sie leben für einige Jahre im ländlichen Raum in den zugewiesenen Unterkünften, bevor sie dann (meist) in die Städte abwandern oder sich (seltener) vor Ort eine Existenz aufbauen.

Abbildung 2 zeigt deutlich, dass trotz der relativ gleichmäßigen Verteilung der Flüchtlinge auf die Landkreise im Zeitraum 1939-1961 signifikante Unterschiede festzustellen sind: Die stadtnahen Landkreise wachsen mit Abstand am stärksten, und auch die meisten Alpenlandkreise (deren touristische Strukturen sich besonders gut zur Aufnahme von Flüchtlingen eignen) profitieren deutlich von diesem Wachstum.

Dieser Zeitraum stellt einen markanten Trendbruch zur Entwicklung in Phase 1 dar, weil jetzt erstmalig wieder große Teile des ländlichen Raumes überproportional wachsen und somit aufgewertet werden. Allerdings setzt das besonders starke Wachstum der stadtnahen Landkreise die frühe Entwicklung durchaus fort.

Tab. 2: Bevölkerungsentwicklung Bayerns 1939-1961 (1939 = 100 %)

	A < 120%	B 120-127%	C 128-137%	D 138-154%	E > 154%
Kreisfreie Städte	N: 109 WÜ: 112 SW: 115	AB: 122 A: 122 FÜ: 124 HO: 126 SR: 127 BA: 127	AN: 128 M: 129 R: 130 AM: 136 CO: 136	BT: 139 PA: 140 WEN: 142 KE: 143 LA: 148 RO: 152 SC: 154	IN: 159 MM: 177 ER: 196 KF: 255
Landkreise	SR: 107 CHA: 115 REG: 115 PAN: 118 FRG: 118 DEG: 119	NEA: 123 PA: 123 PAF: 124 KT: 124 NM: 125 EI: 125 LA: 125 NEW: 126 AN: 127 KC: 127	NES: 128 HO: 128 DGF: 128 KEH: 129 WÜ: 129 TIR: 129 R: 130 KG: 130 BT: 130 SW: 131 HAS: 131 LIF: 132 OA: 132 KU: 133 WUG: 133 ED: 134 MSP: 134 MN: 134 WUN: 135 DLG: 135 DON: 136 BGL: 136 MÜ: 136 BA: 136 AS: 136 SAD: 137 LI: 137 FS: 137 ND: 137	RO: 138 GAP: 139 LL: 141 FO: 144 OAL: 144 AB: 146 MB: 147 TS: 147 RH: 147 AIC: 148 MIL: 149 GZ: 150 CO: 151 WM: 153 LAU: 154	AÖ: 155 DAH: 160 TÖL: 162 A: 168 FÜ: 169 ERH: 169 EBE: 180 NU: 182 FFB: 199 STA: 202 M: 208
	Deutschland: 131 % (Gebietsstand 1961, alte Bundesländer) Bayern: 134 % (Wachstum von 1,54% pro Jahr) Schwaben: 143 % Oberbayern: 142 % Oberfranken: 134 % Mittelfranken: 129 % Unterfranken: 129 % Oberpfalz: 129 % Niederbayern: 123 % Kreisfreie Städte: 128 % Landkreise: 137 % Schwellenwerte: 128: Kreisfreie Städte 137: Landkreise				
Σ 96	3 + 6 = 9	6 + 10 = 16	5 + 29 = 34	7 + 15 = 22	4 + 11 = 15

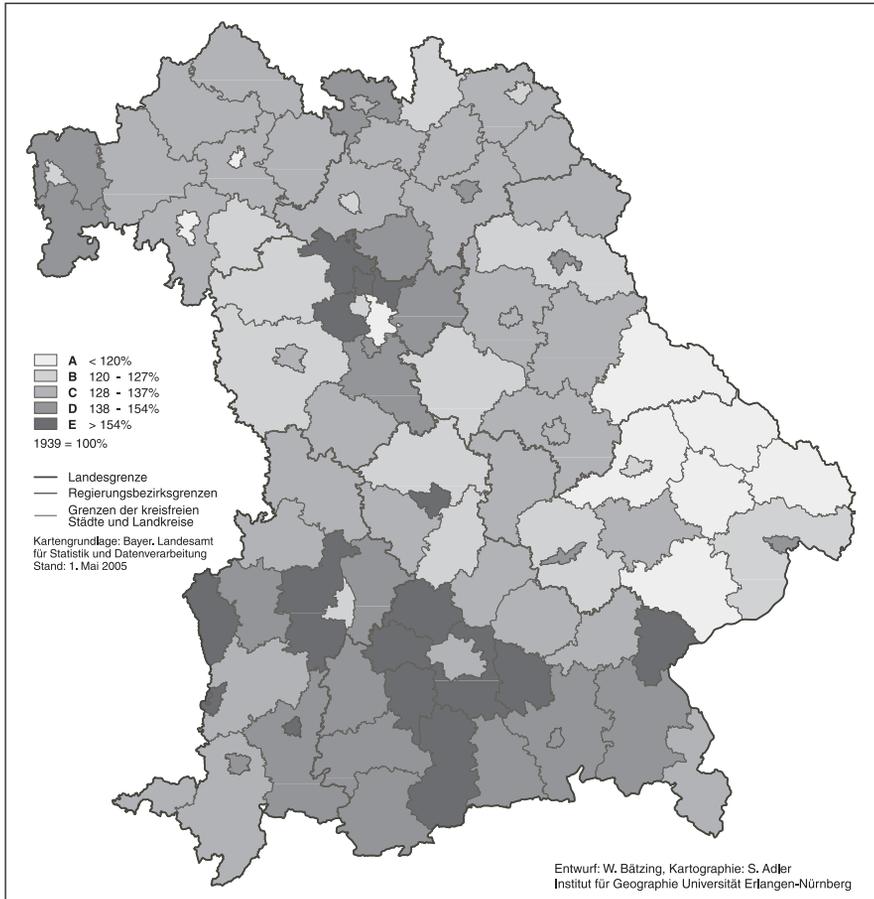


Abb. 2: Bevölkerungsentwicklung Bayerns 1939-1961

2.4 Der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft (1961-1987)

Nach 1961 schwächen sich die Sonderbedingungen durch den Krieg und die Kriegsfolgen spürbar ab, und die Entwicklung von Wirtschaft und Bevölkerung normalisiert sich wieder. Die Bundesrepublik Deutschland transformiert sich jetzt von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft, wobei 1972 die Erwerbstätigen im III. Sektor erstmals die 50%-Schwelle überschreiten (Definition Dienstleistungsgesellschaft nach *Fourastié*, siehe BÄTZING 2005: 57ff.).

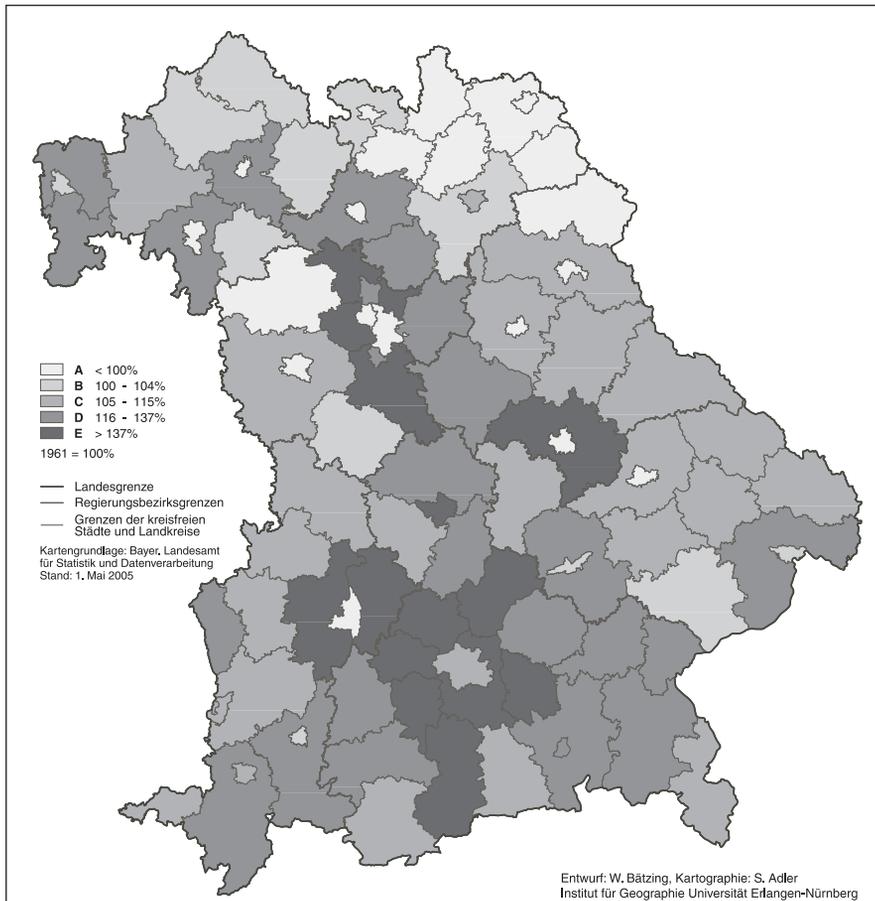


Abb. 3: Bevölkerungsentwicklung Bayerns 1961-1987

dem 19. Jahrhundert näher als dem Jahr 1968 –, gibt es zwischen 1965 und 1975 eine Übergangszeit, die durch heftige Kulturkonflikte zwischen modernen und postmodernen Werten geprägt ist, bevor sich dann ausschließlich die postmodernen Werte („Erlebnisgesellschaft“) breit durchsetzen (SCHULZE 1992: 532ff.).

Zwei neue Entwicklungen dieser Phase werden in Tabelle 3 sehr konkret sichtbar: Mit dem Ende der alten Industriegesellschaft ist erstens eine räumliche Verlagerung von Wirtschaftsstandorten verbunden (Nord-Süd-Verlagerung in Deutschland), von der Bayern grundsätzlich profitiert (höheres Bevölkerungswachstum als im deutschen Durchschnitt), auch wenn dadurch bayerische Industriestandorte ebenfalls betroffen sind, also geschwächt werden. Zweitens kommt in dieser Phase der Prozess des „demographischen Übergangs“ an sein Ende (ab 1972 liegt in der Bundesrepublik Deutschland die Geburten- unter der Sterberate), so dass die Bevölkerung nur noch

durch Zuwanderung wächst. Das schwache Bevölkerungswachstum dieser Phase ist darauf zurückzuführen.

Weiterhin zeigt Tabelle 3 ein neues Phänomen: Die Städte wachsen nicht mehr (104 % ist als Stagnation zu bewerten, 13 Städte verlieren Einwohner und die positive Bilanz von +4 % kommt allein durch das Wachstum der „Nachzügler“ Schwabach, Erlangen, Rosenheim und Ingolstadt zustande), und das bayerische Bevölkerungswachstum verdankt sich jetzt allein den Landkreisen.

Abbildung 3 zeigt die räumliche Verteilung: Das stärkste Wachstum (Kategorie E) verzeichnen Landkreise in direkter Nähe zu den größten Städten (München, Augsburg, Regensburg, Nürnberg-Fürth-Erlangen), während die Landkreise im Umfeld der kleinen Städte sowie diejenigen an den großen Entwicklungsachsen noch ein recht starkes Wachstum (Kategorie D) aufweisen. Damit geht das Bevölkerungswachstum der Landkreise sehr stark auf den Prozess der Suburbanisierung zentrennaher ländlicher Räume zurück.

In dieser Zeit gerät der altindustrialisierte Raum in Oberfranken in die Krise, was sich in einem markanten Bevölkerungsrückgang ausdrückt (Spitzenreiter ist der Landkreis Wunsiedel mit -17 %). Weil hier aber die Bevölkerung zwischen 1840 und 1961 sehr deutlich gewachsen war, stellt sich die Situation im Landkreis Neustadt a. d. Aisch – Bad Windsheim (-1 % in dieser Phase) als noch problematischer dar, da sich hier die leicht negative Entwicklung zwischen 1840 und 1961 direkt fortsetzt.

Berücksichtigt man, dass in dieser Zeit die Zentrale-Orte-Politik in Bayern aufgebaut wurde, dann fallen die Ergebnisse nicht sehr überzeugend aus.

2.5 Das wiedervereinigte Deutschland im Kontext der Globalisierung (1987-2004)

Diese Phase ist durch neue Rahmenbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene (deutsche Wiedervereinigung, Zusammenwachsen Europas, Globalisierung) geprägt. Das Bevölkerungswachstum in Deutschland wird durch Zuwanderung wieder etwas größer, und innerhalb Deutschlands gibt es ausgeprägte Ost-West-Binnenwanderungen. Beim Bevölkerungswachstum bleiben die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern weiterhin an der Spitze; allerdings verringert sich der Abstand zwischen ihnen, da Bayern aufholt.

Bezüglich des Wachstums der kreisfreien Städte und der Landkreise setzt sich die Entwicklung der vorherigen Phase – die Landkreise wachsen stärker als die Städte – fort, jedoch mit einer relevanten Modifikation: Die Extreme schwächen sich auf beiden Seiten ab (Städte 106 % statt zuvor 104 % und Landkreise 117 % statt vorher 120 %)!

Gleiches gilt auch für alle einzelnen kreisfreien Städte und Landkreise (Tabelle 4): Nur noch zwei Städte (Hof und Coburg) verlieren (vergleichsweise wenige) Einwohner, alle anderen hingegen wachsen wieder, was mit Maßnahmen der Reurbanisierung zusammenhängen dürfte.

Tab. 4: Bevölkerungsentwicklung Bayerns 1987-2004 (1987 = 100 %)

	A < 100 %	B 100 - 107 %	C 108 - 117 %	D 118 - 129 %	E > 129 %
Kreisfreie Städte	HO: 96 CO: 98	BA: 101 WEN: 102 ER: 103 PA: 104 KE: 104 SW: 105 AM: 105 N: 105 M: 105 LA: 107 BT: 107 A: 107	MM: 108 WÜ: 108 R: 109 KF: 109 AN: 110 SR: 111 AB: 113 RO: 113 FÜ: 115 SC: 115	IN: 125	
Landkreise	WUN: 94 KC: 99	HO: 101 TIR: 101 KU: 106 LIF: 107 REG: 107	FRG: 108 MSP: 108 CHA: 108 NEW: 109 HAS: 109 SAD: 110 KG: 110 WUG: 110 GAP: 110 SW: 112 NES: 112 DON: 112 CO: 112 KT: 113 LAU: 113 BT: 113 LI: 113 BGL: 113 GZ: 114 FFB: 115 PAN: 115 AB: 115 MIL: 115 AS: 115 WÜ: 116 MB: 116 DEG: 116 FO: 116 PA: 116 N: 116 OA: 117 OAL: 117 MN: 117 NEA: 117 AN: 117 TS: 117	STA: 118 DLG: 119 MÜ: 119 ND: 119 AÖ: 121 TÖL: 121 SR: 121 BA: 121 RH: 121 NM: 122 FÜ: 122 DGF: 122 M: 122 WM: 123 ERH: 123 AIC: 124 KEH: 125 R: 126 EI: 127 A: 127 DAH: 128 EBE: 128 LA: 128 RO: 129	PAF: 130 LL: 133 FS: 135 ED: 137
	<p>EU-25: 106 %</p> <p>EU-15: 107 %</p> <p>Deutschland: (Gebietsstand 1991, alte und neue Bundesländer) 106 %</p> <p>Alte Bundesländer: 107 % (Bundesländer HE, NS, NW, RP, SH = 111-112%; BY = 114%; BW = 115 %)</p> <p>Bayern: 114 % (Wachstum von 0,82 % pro Jahr)</p> <p>Oberbayern: 117 %</p> <p>Niederbayern: 116 %</p> <p>Schwaben: 115 %</p> <p>Oberpfalz: 112 %</p> <p>Mittelfranken: 112 %</p> <p>Unterfranken: 112 %</p> <p>Oberfranken: 107 %</p> <p>Kreisfreie Städte: 106 %</p> <p>Landkreise: 117 %</p> <p>Schwellenwerte: 107: EU-15 117: Landkreise</p>				
Σ 96	2 + 2 = 4	12 + 5 = 17	10 + 36 = 46	1 + 24 = 25	0 + 4 = 4

Bei den Landkreisen gibt es jetzt nur noch vier Landkreise mit einem sehr starken Wachstum (gegenüber 12 in der vorherigen Phase), und das stärkste Wachstum reduziert sich von 202% auf 137% (Landkreis Erding). Zugleich schwächt sich der Bevölkerungsrückgang ebenfalls ab: statt sieben verlieren jetzt nur noch zwei Landkreise Einwohner. Das Schlusslicht bleibt zwar weiterhin der Landkreis Wunsiedel, aber sein Rückgang beträgt jetzt nur noch -6% statt -17%. Damit schwächen sich überall die Extreme ab und die Mittelwerte werden auf der Maßstabsebene der kreisfreien Städte und der Landkreise dominant.

Abbildung 4 zeigt das anschaulich: Mit Ausnahme der sechs Landkreise im Nordosten Bayerns – ihre Probleme mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel schwächen sich ab, sind aber noch nicht überwunden –, deren Bevölkerungsentwicklung stark unterdurchschnittlich verläuft, und mit Ausnahme von vier Landkreisen im zweiten

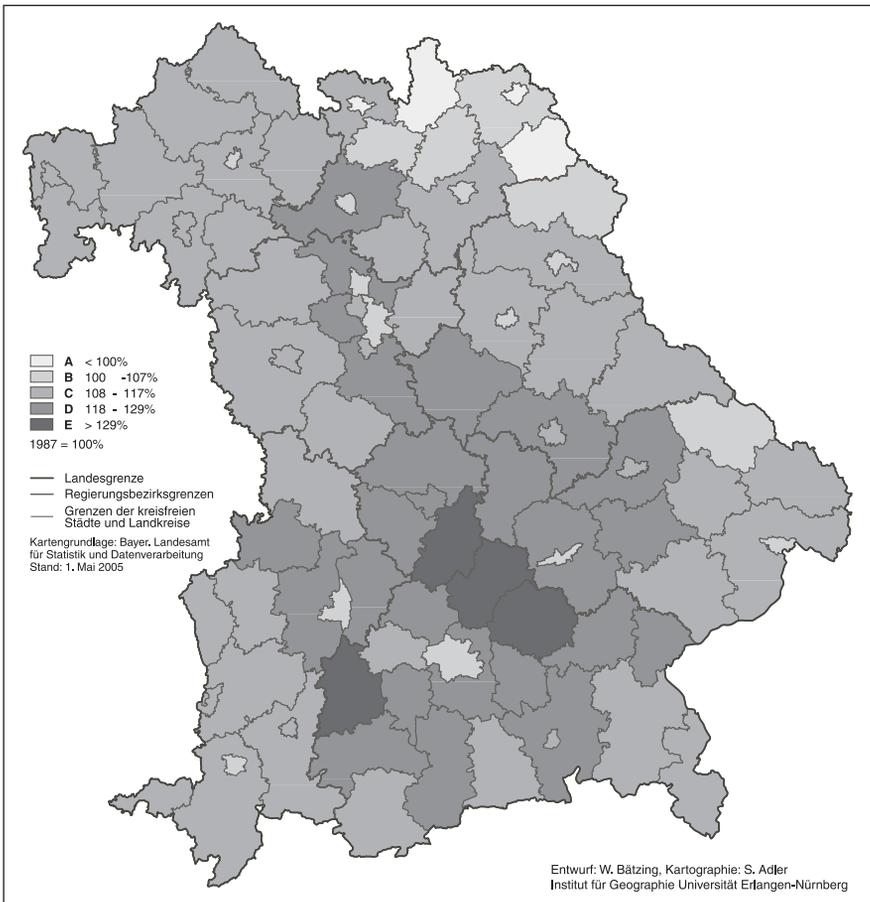


Abb. 4: Bevölkerungsentwicklung Bayerns 1987-2004

suburbanen Gürtel der Agglomeration München mit einem besonders starken Wachstum dominieren bei den Landkreisen überall die Kategorien C (durchschnittliches Wachstum) und D (leicht überdurchschnittliches Wachstum): Die Landkreise der Kategorie D liegen dabei in der Regel in der Nähe der Großstädte (in erster Linie München, in zweiter Linie Augsburg, Nürnberg-Fürth-Erlangen, Ingolstadt und Regensburg), während die der Kategorie C etwas zentrenferner liegen.

Vergleicht man dieses Ergebnis mit dem der anderen Zeiträume, stellt man fest, dass die räumlichen Disparitäten nie so gering waren wie im Zeitraum 1987-2004.

Bedeutet das nun, dass sich die räumlichen Disparitäten abschwächen und dass sich in Bayern eine stärkere räumliche Ausgeglichenheit durchsetzt? Die Antwort lautet sehr eindeutig: Nein! Die Maßstabebene der kreisfreien Städte und der Landkreise ist heute nicht mehr geeignet, um räumliche Veränderungen angemessen zu erfassen, sondern dafür benötigt man die Gemeindeebene (für Franken: BÄTZING 2003, für die Alpen: BÄTZING 2003a): Die zentrennahen Teile der Landkreise Forchheim, Neustadt a. d. Aisch – Bad Windsheim oder Ansbach wachsen deutlich, während die zentrenfernen Teile deutlich schlechter dastehen, so dass der Mittelwert eines Landkreises sich oft aus zwei unterschiedlichen Entwicklungen zusammensetzt und daher nicht sehr aussagekräftig ist. Und zahlreiche persönliche Erfahrungen verdeutlichen darüber hinaus, dass es oft nur der gut erreichbare Hauptort einer Gemeinde (Großgemeinde seit der Gebietsreform) ist, der ein deutliches Wachstum verzeichnet, während die übrigen Gemeindeteile (Dörfer und Weiler im Gemeindegebiet) oft stagnieren.

Aber auch in zentrenfernen Lagen gibt es heute in zahlreichen Landkreisen ein Wachstum, das jedoch nur punktuell ausgeprägt ist und das sich einer guten Erreichbarkeit an einer Autobahn verdankt (z.B. Bevölkerungswachstum dank großer Gewerbeansiedlungen in der Nähe des Autobahnkreuzes Feuchtwangen, also im zentrenfernen ländlichen Raum, jedoch sehr zentral mitten in Europa).

Während für die Industriegesellschaft noch großräumige Disparitäten zwischen Stadt und Land charakteristisch waren, ist die Dienstleistungsgesellschaft durch kleinräumige Disparitäten („Leopardenfell“-Struktur) geprägt, die erst auf der Gemeindeebene angemessen sichtbar werden.

2.6 Überalterung in Bayern 2004

Um festzustellen, wie der ländliche Raum in Bezug auf die Überalterung in Bayern dasteht, wurde der Anteil der Altersgruppe 65+ an der Gesamtbevölkerung zum 31.12.2004 für die kreisfreien Städte und Landkreise ausgewertet (Tabelle 5).

Bayern besitzt eine etwas jüngere Bevölkerung als der bundesdeutsche Durchschnitt (der Anteil der Altersgruppe 65+ liegt bei 17,8% statt bei 18,6%), und nur Baden-Württemberg und Berlin stehen dabei noch etwas besser da.

Die bayerischen Städte haben einen spürbar höheren Anteil an dieser Altersgruppe als die Landkreise (19,9% statt 17,8%) aber dahinter verbergen sich sehr unterschiedliche Verhältnisse. Wesentlich aussagekräftiger ist die folgende Auswertung:

Tab. 5: Anteil der Altersgruppe 65+ an der Gesamtbevölkerung (31.12.2004)

	A 23,6-20,5	B 20,4-18,7	C 18,6-17,2	D 17,1-15,8	E 15,7-13,3																																														
Kreisfreie Städte	SW: 22,8 HO: 22,5 CO: 22,3 KF: 21,3 BA: 21,2 AM: 21,2 KE: 21,0 LA: 21,0 WEN: 20,8 AN: 20,6	SR: 20,4 PA: 20,3 MM: 20,0 A: 19,8 N: 19,7 AB: 19,0 BT: 19,0 SC: 18,8	WÜ: 18,6 R: 18,6 RO: 18,1 ER: 18,0 IN: 17,6 FÜ: 17,5	M: 17,0																																															
Landkreise	WUN: 23,6 HO: 22,5 GAP: 21,3 BGL: 21,1 KC: 20,8 KG: 20,6 KU: 20,5	DEG: 20,1 TIR: 19,7 LI: 19,7 TS: 19,5 CO: 19,5 LIF: 19,2 WUG: 19,1 PAN: 18,9 MB: 18,8 LAU: 18,8 AÖ: 18,7 STA: 18,7 MSP: 18,7	REG: 18,6 BT: 18,6 NES: 18,5 SAD: 18,3 CHA: 18,2 OA: 18,2 MN: 18,2 KT: 18,1 NEA: 18,1 SW: 18,0 TÖL: 18,0 AS: 18,0 FRG: 17,9 PA: 17,9 MÜ: 17,8 NEW: 17,8 OAL: 17,7 FÜ: 17,7 AN: 17,7 HAS: 17,7 WM: 17,6 AB: 17,4 MIL: 17,4 DON: 17,4	RO: 17,1 FFB: 17,0 RH: 17,0 M: 16,9 NU: 16,9 WÜ: 16,8 DGF: 16,8 DLG: 16,7 GZ: 16,7 FO: 16,6 ND: 16,5 KEH: 16,4 A: 16,4 SR: 16,4 NM: 16,2 EBE: 16,0	EI: 15,7 LL: 15,6 ERH: 15,6 AIC: 15,6 BA: 15,5 DAH: 15,5 PAF: 15,2 LA: 15,2 R: 15,1 ED: 14,3 FS: 13,3																																														
	<table border="1"> <tbody> <tr> <td>EU-25:</td> <td>16,6%</td> </tr> <tr> <td>EU-15:</td> <td>17,2%</td> </tr> <tr> <td>Eurozone:</td> <td>17,4%</td> </tr> <tr> <td>Deutschland:</td> <td>18,6%</td> </tr> <tr> <td>Bayern:</td> <td>17,8%</td> </tr> <tr> <td>(nur BW liegt mit 17,6% noch darunter)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Oberbayern:</td> <td>17,1%</td> </tr> <tr> <td>Niederbayern:</td> <td>17,7%</td> </tr> <tr> <td>Oberpfalz:</td> <td>17,8%</td> </tr> <tr> <td>Schwaben:</td> <td>17,9%</td> </tr> <tr> <td>Unterfranken:</td> <td>18,3%</td> </tr> <tr> <td>Mittelfranken:</td> <td>18,4%</td> </tr> <tr> <td>Oberfranken:</td> <td>19,6%</td> </tr> <tr> <td>Kreisfreie Städte:</td> <td>19,9%</td> </tr> <tr> <td>(arithm. Mittel aller Städte ohne Gewichtung der Einwohnerzahl)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Landkreise:</td> <td>17,8%</td> </tr> <tr> <td>(arithm. Mittel aller Landkreise)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Regionen mit großen Verdichtungsräumen:</td> <td>17,1%</td> </tr> <tr> <td>Grenzland und strukturschwache Räume:</td> <td>18,4%</td> </tr> <tr> <td>Sonstige ländliche Räume:</td> <td>18,0%</td> </tr> <tr> <td>Schwellenwerte:</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Durchschnitt Deutschland:</td> <td>18,6%</td> </tr> <tr> <td>Oberbayern und Regionen mit großen Verdichtungsräumen:</td> <td>17,1%</td> </tr> </tbody> </table>					EU-25:	16,6%	EU-15:	17,2%	Eurozone:	17,4%	Deutschland:	18,6%	Bayern:	17,8%	(nur BW liegt mit 17,6% noch darunter)		Oberbayern:	17,1%	Niederbayern:	17,7%	Oberpfalz:	17,8%	Schwaben:	17,9%	Unterfranken:	18,3%	Mittelfranken:	18,4%	Oberfranken:	19,6%	Kreisfreie Städte:	19,9%	(arithm. Mittel aller Städte ohne Gewichtung der Einwohnerzahl)		Landkreise:	17,8%	(arithm. Mittel aller Landkreise)		Regionen mit großen Verdichtungsräumen:	17,1%	Grenzland und strukturschwache Räume:	18,4%	Sonstige ländliche Räume:	18,0%	Schwellenwerte:		Durchschnitt Deutschland:	18,6%	Oberbayern und Regionen mit großen Verdichtungsräumen:	17,1%
EU-25:	16,6%																																																		
EU-15:	17,2%																																																		
Eurozone:	17,4%																																																		
Deutschland:	18,6%																																																		
Bayern:	17,8%																																																		
(nur BW liegt mit 17,6% noch darunter)																																																			
Oberbayern:	17,1%																																																		
Niederbayern:	17,7%																																																		
Oberpfalz:	17,8%																																																		
Schwaben:	17,9%																																																		
Unterfranken:	18,3%																																																		
Mittelfranken:	18,4%																																																		
Oberfranken:	19,6%																																																		
Kreisfreie Städte:	19,9%																																																		
(arithm. Mittel aller Städte ohne Gewichtung der Einwohnerzahl)																																																			
Landkreise:	17,8%																																																		
(arithm. Mittel aller Landkreise)																																																			
Regionen mit großen Verdichtungsräumen:	17,1%																																																		
Grenzland und strukturschwache Räume:	18,4%																																																		
Sonstige ländliche Räume:	18,0%																																																		
Schwellenwerte:																																																			
Durchschnitt Deutschland:	18,6%																																																		
Oberbayern und Regionen mit großen Verdichtungsräumen:	17,1%																																																		

- Regionen mit großen Verdichtungsräumen: 17,1%
- sonstige ländliche Räume: 18,0%
- Grenzland- und strukturschwache Räume: 18,4%

Das bedeutet, dass die junge Bevölkerung im Umland der Großstädte wohnt (im suburbanen und im zentrennahen ländlichen Raum), während periphere ländliche Räume genau wie die Kernstädte durch eine spürbare Überalterung geprägt sind.

Abbildung 5 bestätigt diese Interpretation: Diejenigen Landkreise, die zwischen 1961 und 2004 besonders stark gewachsen waren – die zentrennahen Landkreise um München, Augsburg, Ingolstadt, Nürnberg-Fürth-Erlangen, Bamberg und Regensburg herum – besitzen einen geringen Anteil an der Altersgruppe 65+. Wo es dagegen Bevölkerungsrückgänge gab wie im altindustrialisierten Raum Oberfrankens, findet sich eine ausgeprägte Überalterung, weil in erster Linie die jüngere Bevölkerung

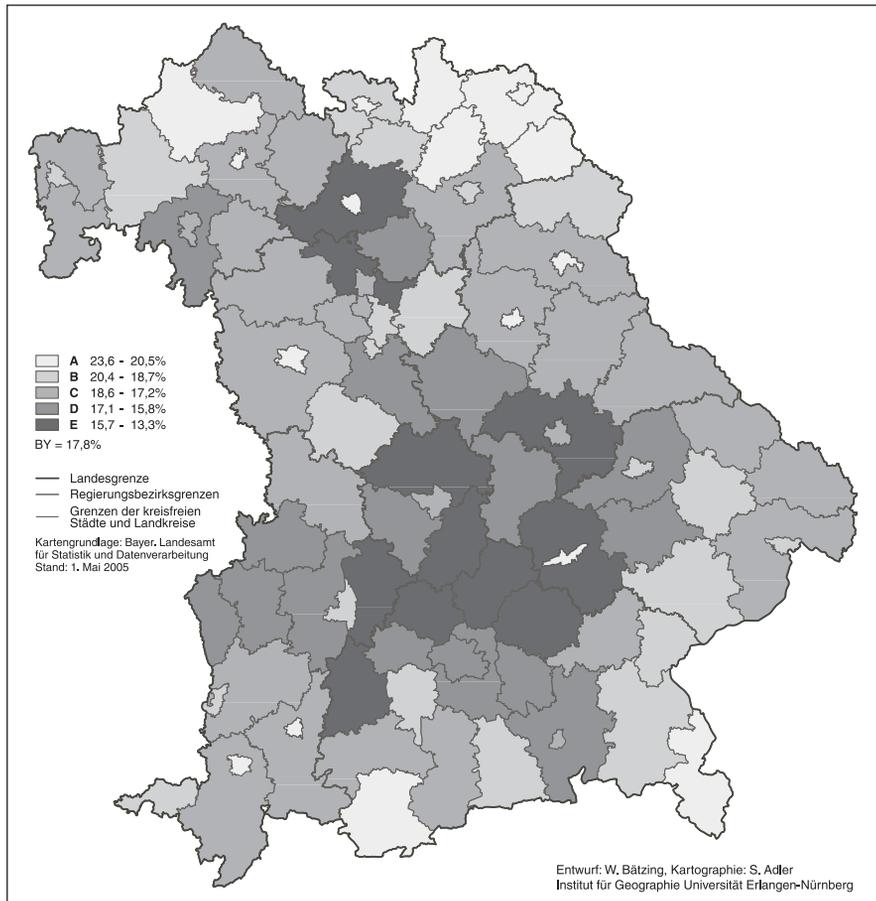


Abb. 5: Der Anteil der Altersgruppe 65+ an der Gesamtbevölkerung (31.12.2004)

diese Landkreise verlässt. Spitzenreiter beim Indikator Altersgruppe 65+ ist der Landkreis Wunsiedel mit 23,6%, der zugleich der Landkreis mit dem stärksten Bevölkerungsrückgang seit 1961 ist. Daneben wird in den Landkreisen Garmisch-Partenkirchen und Berchtesgadener Land (beide ebenfalls Kategorie A) eine andere Entwicklung sichtbar, nämlich die hohe Zuwanderung von Personen, die ihren Altersruhesitz wegen der schönen Landschaft und der hohen Lebensqualität hierher verlegen. Deshalb ist in diesen Landkreisen der hohe Anteil der Altersgruppe 65+ nicht als Problem zu werten.

Damit zerfällt Bayern in Bezug auf Überalterung in drei Teilräume: Erstens in einen Raum im näheren und weiteren Umfeld der Großstädte im Zentrum Bayerns (<17,2%). Zweitens in einen Raum jenseits davon, meist an den Rändern Bayerns gelegen, der deutlich stärker überaltert ist (17,2-20,4%). Und drittens in den altindustrialisierten Raum Oberfrankens mit einer ausgeprägten Überalterung (>20,4%).

2.7 Prognose der Bevölkerungsentwicklung Bayerns bis 2020

Für die Prognose der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung Bayerns auf der Ebene der kreisfreien Städte und der Landkreise wird auf eine Analyse des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung zurückgegriffen (*BBR* 2006). Es prognostiziert für Deutschland bis zum Jahr 2020 nur einen Rückgang von etwa 1 Million Einwohnern, was sich deutlich von zahlreichen Sensationsberichten in den großen Massenmedien unterscheidet. Im Kontext Deutschlands liegt Bayern bei der Bevölkerungsprognose 2004-2020 an erster Stelle und überholt jetzt sogar Baden-Württemberg, was seit 1961 die erste Position eingenommen hatte.

Vergleicht man die Bevölkerungsprognose in Abbildung 6 mit den Abbildungen 4 (Bevölkerungsentwicklung 1987-2004) und 5 (Altersgruppe 65+ im Jahr 2004), dann zeigt sich grundsätzlich ein ähnliches Bild, bei dem jedoch einige Unterschiede auffallen.

Die große Wachstumsregion in der Mitte Bayerns (München-Augsburg-Regensburg-Ingolstadt-Nürnberg-Fürth-Erlangen) wächst weiter, und zwar deutlich, und sie weitet sich sogar an ihren Rändern noch räumlich aus, indem die Alpen, Westmittelfranken, Würzburg und größere Teile Niederbayerns einbezogen werden. Das allerstärkste Wachstum wird weiterhin für den Großraum München prognostiziert, allerdings verschieben sich die Gebiete mit dem stärksten Wachstum immer weiter nach außen (Spitzenreiter sind die Landkreise Erding, Landshut und Landsberg am Lech mit +22 bzw. +16%).

Bevölkerungsrückgänge werden dagegen für die peripheren Regionen im Norden und Osten Bayerns sowie für die altindustrialisierten Gebiete in Oberfranken prognostiziert. Damit stellt sich in Zukunft auch für Bayern die Grundsatzfrage, die derzeit in Mecklenburg-Vorpommern diskutiert wird: Soll sich die öffentliche Hand aus diesen Gebieten allmählich zurückziehen, indem sie hier nur noch eine „bedarfsgerechte Infrastruktur“ finanziert oder nicht?

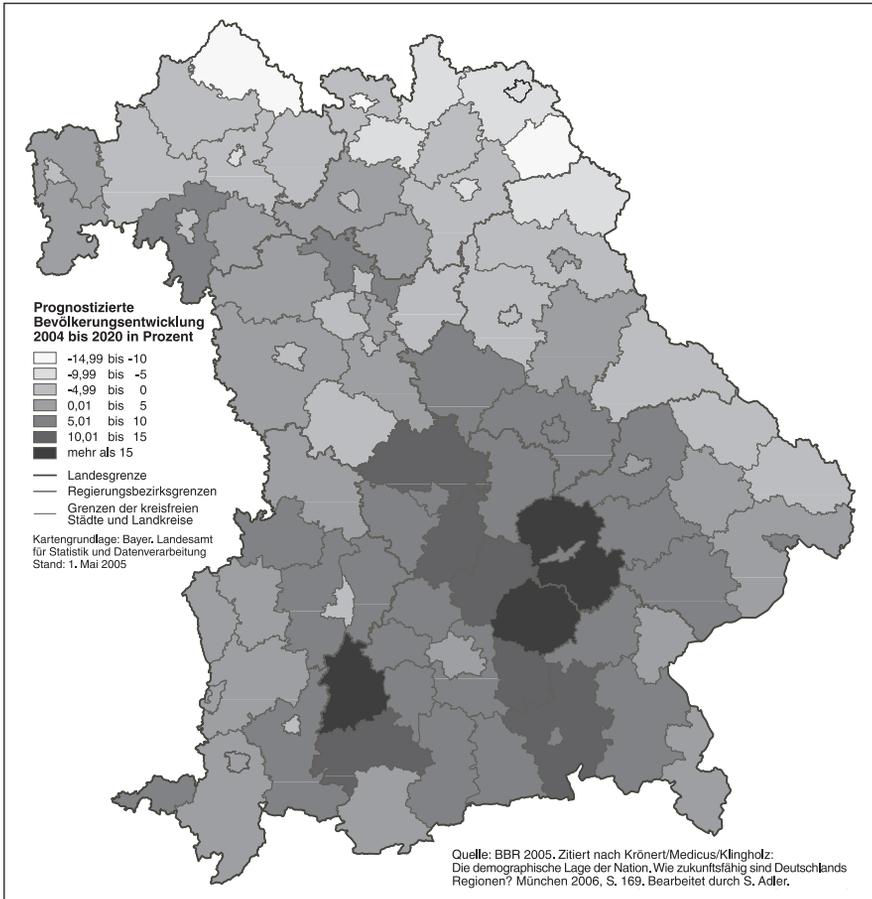


Abb. 6: Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung 2004-2020 in Bayern

3 Bewertung des Wandels im ländlichen Raum Bayerns

Nachdem fast alle Landkreise in Bayern im Kontext der Industriegesellschaft gut hundert Jahre lang nur schwach gewachsen waren, was als relative Entwertung interpretiert wurde, verzeichnen viele von ihnen nach 1945 überproportional starke Wachstumsraten. Dies bedeutet jedoch in den meisten Fällen nicht eine Aufwertung des ländlichen Raumes, sondern einen Strukturwandel hin zum suburbanen Raum, also seine Verstädterung und damit den Verlust seines ländlichen Charakters.

Der suburbane Raum nimmt dabei immer stärker den Charakter einer „Zwischenstadt“ an (SIEVERTS 1997), also eines unstrukturierten, gesichts-, identitäts- und charakterlosen Raumes, in dem die einzelnen Nutzungen unverbunden und beziehungslos

nebeneinander stehen. Dabei sind die jeweiligen Nutzflächen – Wohn-, Gewerbe-, Freizeit-, Landwirtschafts-, Naturschutzflächen usw. – sehr intensiv monofunktional mit räumlich weit entfernten Nutzflächen verbunden, besitzen aber praktisch keine Beziehung mehr mit ihrer direkten, unmittelbaren Umgebung mit Ausnahme der unbeabsichtigten Nebenfolgen zweckrationalen Handelns (BÄTZING 2005a: 232ff.).

Dabei schwächen sich allmählich die Beziehungen zwischen den suburbanen Landkreisen und „ihrer“ Stadt ab, weil die Zwischenstadt immer weniger das Oberzentrum als Vermittlungsinstanz zur Welt benötigt und immer stärker *direkt* mit der gesamten Welt in Verbindung steht. Dadurch beginnt sie, ihren Charakter als *sub-urbaner* (wörtlich: unter der Herrschaft der Stadt) Raum zu verlieren (BRAKE & DANGSCHAT & HERFERT 2001) und immer stärker einen eigenständigen Charakter als „Zwischenstadt zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land“ (SIEVERTS 1997) anzunehmen. Der bayerische Zentralraum zwischen Augsburg-München-Regensburg-Nürnberg entwickelt sich derzeit stark in diese Richtung.

Jenseits dieses sehr dynamischen Raumes der Zwischenstadt liegt der ländliche Raum (es wird hier bewusst der Singular verwendet, weil die unterschiedlichen Typen der ländlichen Räume in dieser Perspektive eine sekundäre Rolle spielen), der sich ebenfalls stark wandelt. Das zentrale Charakteristikum des ländlichen Raumes – die räumliche Identität von Wohnen, Arbeiten, Freizeit usw. im Gegensatz zur funktionsräumlichen Ausdifferenzierung in der Stadt – ist heute meist verschwunden, und auch das Dorf ist zum „Teillebensraum“ geworden, indem sich auch auf dem Lande funktionsräumliche Differenzierungen ausgebildet haben (*Pro Regio* 2003). Diese Entwicklung wurde übrigens durch Gebietsreform, Schulreform und Zentrale-Orte-Politik stark gefördert, und sie führt zu einem sehr kleinräumigen Disparitätenmuster.

Neben Orten, an denen sich bestimmte Funktionen für die Umgebung kleinräumig konzentrieren (Gemeindezentrum, Schulzentrum, Einkaufszentrum usw.) und die daher einige Arbeitsplätze aufweisen, gibt es zahlreiche andere Orte, die als fast reine Wohngebiete mit den nächsten Großstädten eng verflochten sind (typisch für den ländlichen Raum sind weite Pendelstrecken zu oft mehreren Städten in verschiedenen Himmelsrichtungen), die dank guter Erreichbarkeit größere Gewerbegebiete (die eng mit dem globalen Markt verflochten sind) besitzen oder die bestimmte Funktionen für die großen Zentren (Tourismus, Deponien, militärische Übungsplätze, Nationalparkgebiete) meist in Monofunktion ausüben. Was die funktionsräumliche Ausdifferenzierung, die überregionale Verflechtung und das beziehungslose Nebeneinander im Raum betrifft, so ähnelt der ländliche Raum heute grundsätzlich stark der „Zwischenstadt“ im SIEVERT'schen Sinne, jedoch ist seine bauliche Dichte und die aktuelle Dynamik so deutlich geringer, dass es irreführend wäre, hier den gleichen Begriff zu verwenden. Man könnte daher von „Zwischenstadtland“ (BÄTZING 2005a: 235) oder von „Zwischenland“ (*Pro Regio* 2003) sprechen.

Mit dieser Entwicklung verschwindet sowohl die Stadt als auch das Land, und beide Raumtypen werden durch die diffuse Raumstruktur der Zwischenstadt und des Zwischenstadtlandes abgelöst.

In der aktuellen Situation der Krise – Krise der Wirtschaft, Krise des Sozialstaates, demographische Überalterung – wird dieser Strukturwandel meist nur noch auf eine ökonomistische Weise wahrgenommen (kurzfristige Kosten-Nutzen-Rechnungen unter Ausblendung aller nicht-ökonomischen Faktoren) und dann liegt die Lösung scheinbar zwangsläufig alternativelos auf der Hand: Rückzug der öffentlichen Infrastruktur aus den dünn besiedelten und peripheren Räumen Bayerns und Konzentration aller Mittel auf die Förderung der Metropolregionen.

Dies würde das Ende des ländlichen Raumes bedeuten, und dies wäre gleichfalls ein fundamentaler Verlust von Lebensqualität, gerade für Bayern, weil hier die ländliche Identität ein wichtiger Bestandteil der bayerischen Identität ist. Und ohne eine gute Lebensqualität würde selbst die erfolgreichste Wirtschaftsentwicklung für die betroffenen Menschen keinen Sinn machen, denn Lebensqualität lässt sich nicht einfach als Ware kaufen, sondern erfordert zahlreiche nicht-ökonomische Voraussetzungen und viel Zeit zu ihrer Realisierung.

Um zu verhindern, dass der ländliche Raum als Lebens- und Wirtschaftsraum verschwindet, wären zwei Strategien zu verfolgen: Erstens dürfte das Netz der Zentralen Orte nicht geschwächt werden (was Modifikationen und Anpassungen an die heutigen Erfordernisse keineswegs ausschließt), und zweitens müssten alle Elemente der „nachhaltigen Regionalentwicklung“ deutlich gestärkt werden, damit schließlich „Zentrale Orte“ und „nachhaltige Regionalentwicklung“ gleichberechtigt nebeneinander stehen und sich wechselseitig komplementär ergänzen und stärken. Diese gezielte Kombination von städtischen (Funktionsteilungen und Spezialisierungen in ausgewählten Knotenpunkten) und ländlichen (dezentral-flächenhaften Aufwertungen in Form regionaler Qualitätsprodukte; ERMANN 2005) Strategien könnte dem ländlichen Raum eine neue Zukunft geben.

Anmerkungen

- 1) Empirische Basis der folgenden Gedanken sind detaillierte Analysen zur Bevölkerungsentwicklung in Franken und Bayern (BÄTZING 2001, 2003, 2006), zahlreiche Proseminare und Seminare zum ländlichen Raum in Deutschland, zur deutschen Raumordnung, zur bayerischen Regionalplanung und zur Typisierung von Gemeinden und Regionen, die Vorlesung „Der ländliche Raum“ sowie die Betreuung des „Geländepraktikums“ (Raum: Erlangen – Fränkische Schweiz) seit 1996 und die Durchführung mehrerer einschlägiger Projektseminare im ländlichen Raum Frankens.

Statistische Quellen

- 1) Bayern 1840-1987 (Volkszählungsdaten): *Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung* (Hrsg.): Die Gemeinden Bayerns nach dem Gebietsstand 25. Mai 1987. Die Einwohnerzahlen der Gemeinden Bayerns und die Änderungen im Besitzstand und Gebiet von 1840 bis 1987. München 1991 (=Beiträge zur Statistik Bayerns 451).
- 2) Bayern 2004: *Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung* (Hrsg.): Gemeinde Daten. Ausgabe 2005. München 2005.
- 3) Deutsches Reich 1840-1939: *Statistisches Bundesamt* (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 1967 für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 1968.
- 4) Deutschland 1939-1987: *Statistisches Bundesamt* (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2000 für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 2000.

- 5) Deutschland 2004: *Statistisches Bundesamt* (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2005 für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 2005.
- 6) EU-12 1961-1987: *Statistisches Bundesamt* (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 1989 für das Ausland. Wiesbaden 1989.
- 7) EU-15/EU-25 1987-2004: *Statistisches Bundesamt* (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2005 für das Ausland. Wiesbaden 2005.

Literatur

- BÄTZING, W. 2006: Bevölkerungsentwicklung 19./20. Jahrhundert. In: *Bayerische Staatsbibliothek* (Hrsg.): Historisches Lexikon Bayerns (Internetlexikon). <www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44452>, 1.5.07.
- BÄTZING, W. 2005: Grenzenlose Dynamik von Wirtschaft und Gesellschaft als Fortschritt? In: E. HANZIG-BÄTZING & W. BÄTZING: *Entgrenzte Welten. Die Verdrängung des Menschen durch Globalisierung von Fortschritt und Freiheit*. Zürich, S. 19-98.
- BÄTZING, W. 2005a: Das Verschwinden des Raumes und die Auflösung von Stadt und Land. In: E. HANZIG-BÄTZING & W. BÄTZING: *Entgrenzte Welten. Die Verdrängung des Menschen durch Globalisierung von Fortschritt und Freiheit*. Zürich, S. 199-237.
- BÄTZING, W. 2003: Die Bevölkerungsentwicklung in den Regierungsbezirken Ober-, Mittel- und Unterfranken im Zeitraum 1840-1999. 2. Teil: Analyse auf der Ebene der Gemeinden. In: *Jahrbuch für fränkische Landesforschung* Bd. 63, S. 171-224.
- BÄTZING, W. 2003a: *Die Alpen. Geschichte und Zukunft einer europäischen Kulturlandschaft*. München.
- BÄTZING, W. 2001: Die Bevölkerungsentwicklung in den Regierungsbezirken Ober-, Mittel- und Unterfranken im Zeitraum 1840-1999. 1. Teil: Analyse auf der Ebene der kreisfreien Städte und der Landkreise. In: *Jahrbuch für fränkische Landesforschung* Bd. 61, S. 183-226.
- BBR. 2006: *Raumordnungsprognose 2020/2050*. Bonn (BBR-Berichte 23).
- BBR. 2005: *Raumordnungsbericht 2005*. Bonn (BBR-Berichte 21).
- BRAKE, K. & DANGSCHAT, J. & HERFERT, G. 2001: *Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen*. Opladen.
- ERMANN, U. 2005: *Regionalprodukte. Vernetzungen und Grenzziehungen bei der Regionalisierung von Nahrungsmitteln*. Wiesbaden (Sozialgeographische Bibliothek 3).
- GATZWEILER, H.-P. 1979: Der ländliche Raum – benachteiligt für alle Zeiten? In: *Geographische Rundschau* 31, Heft 1, S. 10-16.
- HENKEL, G. 1999: *Der ländliche Raum. Gegenwart und Wandlungsprozesse seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland*. Leipzig.
- HERRENKNECHT, A. & WOHLFAHRT, J. 1997: Auf dem Weg ins „Nachhaltigkeits-Land“? Was hat der ländliche Raum von der Nachhaltigkeitsdebatte zu erwarten? In: *Pro Regio* Nr. 20-21, S. 5-35.
- HOCK, S. 2005: *Engagement für die Region. Initiativen der Regionalbewegung in der Region Nürnberg*. Erlangen (Erlanger Geographische Arbeiten, Sonderband 31).
- KRÖHNERT, S. & MEDICUS, F. & KLINGHOLZ, R. 2006: *Die demographische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen?* München.
- LE CORBUSIER 1962: *Die „Charte d’Athènes“*. Reinbeck bei Hamburg.
- Pro Regio* 2003: *Zwischenland – die neuen Zwischen-Welten zwischen Dorf und Stadt*. In: *Pro Regio Online – Zeitschrift für den ländlichen Raum* Nr. 1: <www.pro-regio-online.de>, 1.5.07.
- RUPPERT, K. et al. 1987: *Bayern – eine Landeskunde aus sozialgeographischer Sicht*. Darmstadt (Wissenschaftliche Länderkunden 8/II).
- SCHULZE, G. 1992: *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*. Frankfurt.
- SIEVERTS, T. 1997: *Zwischenstadt – zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land*. Braunschweig/Wiesbaden.